

# Dresdner Nachrichten

S gegründet 1856

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Hoover über Stimmons Aufgabe in Genf

### „Ueber die Schuldenfrage wird nicht verhandelt“

Washington, 5. April. Präsident Hoover gab heute in der üblichen Pressekonferenz im Weißen Haus eine Erklärung ab, in der es heißt: „Vor zwei Monaten etwa gab ich unserer Delegation zur Genfer Abrüstungskonferenz gewisse Vorschläge mit, die nach meiner Ansicht zur Lösung einiger Probleme der Abrüstung beitragen würden. Diese Vorschläge wurden von unserer Delegation in das allgemeine Programm eingefügt und sind inzwischen während des Washingtoner Konferenztages Norman Davis mit ihm sowie mit dem Außenminister Stimmons und Fachleuten der Armee und Marine eingehend erörtert und weiter entwickelt worden mit dem Ziel, ihr Anwendungsgebiet zu erweitern.“

Im Laufe der letzten Monate sind die Kosten des einseitigen und der Bedrohung des Weltfriedens eher noch stärker geworden. Die Welt braucht die Herabsetzung der Rüstungsausgaben und den Geist des Friedens.

Beides ist von einem Erfolge der Genfer Abrüstungskonferenz zu erwarten. Ich habe daher Außenminister Stimmons gebeten, nach Genf zu gehen, damit er mit unseren und den anderen Delegierten die Möglichkeit definitiver Schritte in dieser Richtung erörtere. Amerikaner Wunsch ist die Erreichung konkreter und definitiver Ergebnisse, selbst wenn diese Ergebnisse nicht völlig neue Situationen in der Rüstungsfrage zu schaffen imstande sind. Die Welt braucht auch wirtschaftlichen und psychologischen Gründen eine Entlastung. Das ist der einzige Zweck der Reise Stimmons. Stimmons wird die Schuldenfrage weder behandeln noch darüber verhandeln.“

Im Staatsdepartement wurde dazu noch bemerkt, Stimmons werde in Genf vor allem darauf dringen, daß die

Angriffswaffen nach Möglichkeit abgerüstet werden, und zwar unter Beobachtung, schwere Geschütze, Bombenflugzeuge und U-Boote. Weiter werde Stimmons zu erreichen versuchen, daß man die Ausgaben für das Kriegsmaterial zusammen mit der Truppenzahl herabsetze oder vermenge.

### Die Londoner Delegation bei Brüning

Karlshöhe, 5. April. Die Besprechungen zwischen Reichskanzler Brüning und den am Montagabend eingetroffenen Mitgliedern der deutschen Abordnung für die Londoner Donaukonferenz fanden am Dienstagvormittag im Hause des früheren bairischen Gesandten in Berlin, Dr.

Dono Id, statt, dessen Gast der Reichskanzler während seines Karlshöhe Aufenthaltes war. Ueber die Besprechungen selbst wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Sie nahmen etwa drei Stunden in Anspruch. Die Mitglieder der Londoner Abordnung verließen Karlshöhe mit dem Rheingold-Express um 12,30 Uhr zur direkten Fahrt nach London.

Gleichzeitig mit der deutschen Abordnung zur Londoner Donaukonferenz hat sich auch der deutsche Botschafter von Neuchâtel zu seinem Bildungserholungsurlaub auf seinen Posten zurückbegeben, wo er von seinem Stellvertreter, Botschafter von Bernstorff, über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen MacDonald und Tardieu unterrichtet werden wird.

Wie die „Badische Presse“ aus Kreisen der deutschen Abordnung erfährt, beurteilt man an den zuständigen deutschen Stellen die französisch-englischen Besprechungen der letzten Tage außerordentlich ruhig, und glaubt, daß durch den Tardieu-Besuch das Ergebnis der Londoner Konferenz auf keine Weise vorweggenommen ist. Man ist der Auffassung, daß auch in London das entscheidende Wort nicht gesprochen und die Entscheidung in der Donaufrage erst in Genf fallen wird. Darum sieht man auch in der Londoner Vorbesprechung der ersten Apriltag keinen Gefahrenpunkt für die deutsche Politik.

Brüning will übrigens in den kommenden Wochen bei jeder sich bietenden Möglichkeit nach Genf reisen, wo nach deutscher Auffassung nicht nur die ganze Donaufrage geregelt, sondern auch in einem viel weiteren Rahmen die große politische Auseinandersetzung begangen wird.

Darum ist auch die deutsche Abordnung nicht mit gebundener Marschroute nach London gereist und hat keineswegs einen bis ins einzelne gehenden Donauplan in der Tasche. — Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Curtius hatte am Dienstagnachmittag eine einhündige Besprechung mit Reichskanzler Brüning.

London, 5. April. Wie amtlich bekannt wird, fährt Ministerpräsident MacDonald den Vormittag bei der Viermächtekonferenz, die am Mittwoch beginnt. Die englische Vertretung ist nunmehr endgültig wie folgt besetzt worden: Ministerpräsident MacDonald, Außenminister Sir John Simon, Schatzkanzler Chamberlain, Handelsminister Runciman.

## Severings Aktion gegen die NSDAP.

Berlin, 5. April. Der preussische Minister des Innern veröffentlicht eine Mitteilung über das bei der Hausdurchsuchungaktion bei der NSDAP beschlagnahmte Material. In diesem Bericht wird zunächst festgestellt, daß der sogenannte Nachrichtenendienst der Nationalsozialisten eine Spitzelaktivität sei, wie sie nicht umfangreicher gedacht werden könne. Sie erstrecke sich auf die Tätigkeit des Staates und seiner Organe, wie Regierung, Polizei und Reichswehr. Das es sich dabei um Auslieferung einer zentralen Anordnung handele, zeigten die überall gemachten Funde an derartigen Spitzelberichten, hauptsächlich mit genauer Aufstellung der Stärke, Gliederung und Bewaffnung der Polizei.

Nach kommunistischem Vorbild werde aber auch offene Berührungsbildung betrieben. Nach einer in Hannover gefundenen Aufzeichnung werden als verdächtige Gegenstände bezeichnet: Radnuckelpanzersätze, Bahnfunkanlagen, Volkserleuchtungen, Postfunkanlagen, Flugbahnen, Fußbergänge über Elbe und Weiser, alles mit genauen Einzelheiten. Ergänzt und erläutert wird dieses Verzeichnis durch einen in Göttingen gefundenen Befehl, in dem als Arbeitsgebiet für I. u. a. bezeichnet werden: politische Parteien aller Art, Kampfbünde, Kurierdienste aller Arten der Parteien, Gegnerpersönlichkeiten und Führer, Aktionszentrale der Gegnerpresse, private Ueberwachungs-Verkehrszentralen, Radiostationen, politische Einstellung der Bediensteten der Illiger und des Hafenpersonals, Verweise an die Bediensteten heranzukommen, besonders Aufmerksamkeit für das Postwesen, den Bahnschub usw. Auch der

### Technischen Ausgestaltung eines umfangreichen Nachrichtenwesens

In nach dem amtlichen Bericht in der letzten Zeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden, und zwar unter Einsatz aller nur denkbaren Nachrichtenmittel, einschließlich Briefkästen und Blinkverbindungen. Ein über das ganze Reich sich erstreckender Melaltdienst sei festgestellt worden. Auch über die Einrichtung eines eigenen Funkverkehrs mit Kurzwelle sendern sei verschiedenes bekannt geworden. Alle diese Vorbereitungen, die mit besonderem Nachdruck gerade einige Wochen vor der Reichspräsidentenwahl befördert wurden, gewannen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man sie im Zusammenhang mit der in Göttingen gefundenen Befehl, das mit einem Einsatz der SA gerechnet werden müsse, betrachte. Es folgen dann in dem Bericht verschiedene SA-Befehle für den „Dienst am Wahltag“.

Ueber die Bedeutung dieser spezialisierten Vorwürfe Severings gegen die SA und über ihre Stichhaltigkeit wird sich erst dann ein zuverlässiges Urteil bilden lassen, wenn der Reichsanwalt gesprochen hat, dem das Material vorgelegt worden ist.

Das Material, das die Polizei bei der Hausdurchsuchungaktion gefunden hat, wurde, wie aus unsere Berliner Schicksalung ergänsend dröhelt, in einer Pressekonferenz bekanntgegeben, in der Severing noch einige Ausführungen über die

### Vorgehensweise seines Vorgehens

machte. Severing erklärte, er habe benutzende Nachrichten bereits vor dem ersten Wahlgang bekommen und habe dann den Brief des Reichswehrministers erhalten, von dem dann später in dem Weisiger Prozeß die Rede gemeint ist. Auf Grund dieses Briefes habe er sofort um eine Unterredung mit Groener nachgesucht, die dann am 11. März stattgefunden habe. Das Ergebnis dieser Unterredung sei gewesen, daß er an alle preussischen Polizeistationen die Mitteilung habe gehen lassen, man solle gegen die um sich greifenden Vullschgerächte Front machen. Der 12. und 13. März sei dann ruhig verlaufen, aber schon am 12. März hätten verschiedene Oberpräsidenten nach Berlin dem preussischen Innenministerium gemeldet, daß Zusammenstellungen von SA-Abteilungen beobachtet worden seien und auch Waffentransporte abgefangen worden seien. Jetzt erst habe er sich entschlossen, einzugreifen, und dann die Polizeiaktion unternommen.

Das zur Veröffentlichung freigegebene Material, so erklärte Severing, sei nur ein Teilanschnitt der zahlreichen gefundenen Dokumente. Soweit diese, erklärte Severing, Landesverräterischen Charakter haben, sind sie dem Oberreichsanwalt zugewiesen worden, der von sich aus alles weitere zu veranlassen hat. Zum Schluß der Konferenz kündigte Severing an, er werde gegen die SA und NSDAP jetzt mit allen Mitteln vorgehen. Näheres wolle er indes noch nicht mitteilen.

## Die Belgrader Militärdiktatur

Zeit es eine serbische Geschichte gibt, war es nicht gerade ein Vergnügen, Herrscher dieses Landes zu sein. Aufstände, Verschwörungen und Mordanschläge waren an der Tagesordnung. Die Krieger sind ein in ewiger revolutionärer Unruhe lebendes, die Unabhängigkeit liebendes Volk, das sich ungern dem Zwange staatlicher Gemeinschaft fügen. Nach Kriegsende sind die Schwierigkeiten des serbischen Staatswesens in dieser Hinsicht noch gewachsen. Denn die kulturell viel höher stehenden Kroaten, Slowenen und Bosniaken, die nun Serbien, das sich fortan Südserbien nannte, einverleibt wurden, hatten wenig Lust, sich der allererblichen Unterdrückungspolitik gegenüber den neugewonnenen Stammesverwandten zu fügen. Es zeigte sich, daß die panslawische Idee keineswegs im Bewußtsein dieser Völkstämme so groß ist, wie die Belgrader Nationalisten es bei der staatlichen Neuordnung des Balkans gern wahrhaben wollten. Mit Leidenschaft forderten die Slowenen und Kroaten, die sich bisher unter der auf ihre Nationalität anherberbernde Rücksicht nehmenden österreichischen Monarchie recht wohl gefühlt hatten, für sich die volle nationale Selbstbestimmung innerhalb des neuen südslawischen Staatswesens. Der Gedanke, von einem kulturell tieferstehenden Serrentum und vom Belgrader Zentralismus beherrscht zu werden, alarmierte das ganze Volk. Hinzu kam der Gegensatz der Religion und der Schrift. Kroaten und Slowenen sind römisch-katholisch, die Serben griechisch-orthodox. Die ersteren hatten die lateinische Schrift, die letzteren das russische Alphabet. Solange Südslawien eine konstitutionelle Monarchie war mit einem in allgemeinen Wahlen gewählten Landesparlament, schien der Konflikt zwischen Serben und Kroaten unvermeidlich. Wahrscheinlich hätte die Forderung der Kroaten auf Selbstverwaltung ihres Landes mit eigenem Parlament und eigener Regierung schon längst verwirklicht werden müssen, wenn nicht die in Belgrad ja nicht ungewöhnliche Lösung einer politischen Entwicklung mit Hilfe des Royalverwes die Entwicklung in die Bahnen einer Militärdiktatur getrieben hätte. Die Ermordung des kroatischen Führers Raditsch im Belgrader Parlament durch einen allererblichen Abgeordneten ließ im Jahre 1928 die Ereignisse in den neugewonnenen Ländern so hoch wachen, daß nur noch zwei Auswege blieben: entweder Auflösung des neuen Staates in zwei nur durch eine Personalunion des Königs miteinander lose verbundene Staaten, oder eine offene Diktatur des auf die allererblichen Generale gestützten Königs.

Belgrad wählte den letzteren Weg. Das Parlament wurde nach Hause geschickt und König Alexander legte die Macht in die Hände des Generals Ziwkowitz, der, durch die zunehmenden Schwierigkeiten gezwungen, jetzt pöblich seinen Rücktritt genommen hat. Ziwkowitz ist dem übrigen Europa seit langem bekannt. Allerdings nicht sehr angenehm. Er gehörte jener Verschwörergruppe von 28 jungen Offizieren an, die in der Nacht vom 16. zum 17. Juni 1903 in den Konak, dem Belgrader Königspalast, eintrugen, und dort König Alexander und Königin Draga, die ebenso wie die Wachen völlig überrascht waren, in grauamster Weise ermordeten, um dann die nur mit Raditsch verbundenen befehlenden Reichen zum Fenster hinaus in den Hof zu werfen. So endete damals die Dynastie Obradowitsch, deren letzter Vertreter sich bezeichnenderweise bei den Verschwörern deshalb mitleidig gemacht hatte, weil er die Verhängung mit den Mittelmächten erkrönte. Die Verschwörer riefen an seiner Stelle den Fürsten Peter aus dem Geschlecht Karadjordjevitich zum König aus, dessen Sohn Alexander, der derzeitige König, die Diktatur in die Hände des ehemaligen Mitbeteiligten am Mord des letzten Obradowitsch legte. Es war nicht verwunderlich, daß der alte Verschwörer Ziwkowitz ein hartes, grauames Regiment, zumal in den neuermordenen Gebieten Kroaten und Slowenen, ausübte. Jede nationale Bewegung wurde sofort mit den brutalsten Methoden unterdrückt. Wer auch nur im leisesten Verdacht stand, für kulturelle Selbstverwaltungsbestrebungen der Kroaten einzutreten, gegen den wurde ein Inquisitionsverfahren eröffnet, dessen Foltermethoden jede Konfession mit dem finsternen Mittelalter bestehen konnte. Aufsehen in der Kulturwelt haben die Folterungen bekannter Vertreter der Agrarwissenschaftler erzeugt, die als menschliche Ruinen in des Wortes sichtbarster Bedeutung aus den Prozeßen wegen angeblich staatsfeindlicher Umtriebe hervorgingen. Manches der Opfer der Belgrader Polizeimethoden, das früher zu den Fortkämpfern des panslawischen Gedankens gehörte, wird dabei im Inneren schmerzliche Betrachtungen über die nationalen Freiheiten von einst und jetzt angestellt haben. Auch Vertreter der deutschen Minderheiten fielen der Belgrader Inquisition zum Opfer, darunter eine deutschblütige Journalistin, deren Folterqualen Aufsehen in ganz Europa erregten.

Freilich drang niemals allzuweit über die Geheimnisse der Belgrader Polizeimethoden in die Öffentlichkeit. Die